

Zeitung für den Bundestagswahlkreis Köln I (Porz, Kalk, nördliche Innenstadt)

STANDPUNKT

- 2 Das Versagen der Bundesregierung in der Krise – Deutschland leidet unter Schwarz-Gelb

HOMEPAGE

- 3 Neu eingestellt: Info-Broschüre 2010 und Sonderausgabe „Sozialdemokratische Köpfe“

WAHLKREIS

- 3 Sigmar Gabriel in Kalk

NRW

- 4 Ergebnisse der Landtagswahl in NRW und Köln

ENQUETE-KOMMISSION INTERNET

- 6 Konstituierung: Martin Dörmann zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt
- 6 Die 34 Mitglieder der Enquete-Kommission
- 8 Die Enquete-Kommission im Internet

BUNDESTAG

- 9 Hilfe für Griechenland
- 12 Euro-Rettungspaket der EU
- 14 Fragen und Antworten zu Eurokrise und EU-Rettungsschirm

SERIE: SOZIALDEMOKRATISCHE KÖPFE

- 19 Vorgestellt: Manuela Schwesig

INFOS UND IMPRESSUM

- 20 Arbeitsschwerpunkte, Sitzungswochen, Büros, Impressum

Euro und Griechenland

Infos ab Seite 9

Mitgliederausgabe • Redaktionsschluss: 25.5.2010



Die Kölner SPD-Landtagsabgeordneten

Martin Börschel, Marc Jan Eumann, Jochen Ott und Stephan Gatter (v.l.) waren bei der Landtagswahl am 9. Mai erfolgreich. Die Wahlergebnisse in NRW und Köln ab Seite 4.

Das Versagen der Bundesregierung in der Krise

Deutschland leidet unter Schwarz-Gelb

Liebe Genossinnen und Genossen,

Europa und seine **Währungsunion** stehen in diesen Tagen vor der größten **Herausforderung** ihrer Geschichte, ausgelöst durch die **Griechenlandkrise** und heftige Spekulationen um den **Euro**.

Ausgerechnet in dieser Situation versagt die **Bundesregierung**. Als der Bundestag am 7. Mai der Griechenlandhilfe zustimmte, hieß es von Seiten der Regierungskoalition in der Plenardebatte, mehr Geld werde nicht benötigt. Noch am selben Tag reiste die Bundeskanzlerin nach Brüssel, wo man nur Stunden später einen zusätzlichen **Rettungsschirm für die Eurozone** in Höhe von **750 Milliarden**

Euro beschloss – offenbar zuvor bereits ohne deutsche Vertreter abgesprochen.

Deutlicher kann nicht dokumentiert werden, dass **Deutschland in der EU** inzwischen nur noch die **zweite Geige** spielt. Allzu sehr hatte Angela Merkel in den Wochen zuvor den NRW-Wahltermin im Auge gehabt und sich in der EU auf wahltaktische Äußerungen konzentriert. Das Heft des Handelns hatten andere in der Hand.

Auch im Hinblick auf die notwendige **Beteiligung der Finanzmärkte** an den Kosten der Krise ist nicht wirklich klar, was diese Bundesregierung eigentlich will. Auch deshalb, weil sie offenbar selbst nicht weiß, was sie wollen soll. Erst argumentiert Angela Merkel gegen die Finanztransaktionssteuer, dann ist sie dafür, bekommt aber im Bundestag mit ihrem Koalitionspartner keine klare Beschlusslage hin. Deutschland erlebt derzeit eine Regierung ohne Kompass und Kompetenz.

Das ist kein Zufall. Schon bei der Bundestagswahl im September letzten Jahres war die **schwarz-gelbe Koalition** im Grunde genommen **historisch überholt** - ohne zeitgemäße politische Vision und überzeugendes Konzept. Aufgrund einer gewohnt passiven Kanzlerin und Unionsfraktion konnte sich die FDP an vielen zentralen Stellen im Koalitionsvertrag durchsetzen. Allerdings mit Themen, die Deutschland nicht nach vorne bringen, sondern zurückwerfen: Kopfpauschale, Steuer-senkung für Besserverdienende und Verlängerung der Laufzeiten für Atomkraftwerke seien beispielhaft genannt. Die Hoteliers ließen schön grüßen und haben sich erkenntlich gezeigt.

Das alles sind **fragwürdige Projekte**, die in der deutschen Bevölkerung keinerlei Mehrheit finden. Für diese rückwärts gewandte Politik und eine konturlose Landesregierung haben CDU und FDP

bei der **Landtagswahl in NRW** die verdiente Quittung erhalten: Schwarz-Gelb wurde klar abgewählt!

Damit steht auch fest, dass die schwarz-gelbe Mehrheit im **Bundesrat** verloren ist. Die Großprojekte dieser Koalition werden sich in dieser Legislaturperiode kaum mehr verwirklichen lassen. Zumal die Unions-Ministerpräsidenten langsam nervös werden. Das NRW-Wahlergebnis war letztlich der Sargnagel für den Koalitionsvertrag, der ohnehin mehr Prüfaufträge als konkrete Festlegungen enthielt. Jetzt haben also die Wähler geprüft und für schlecht befunden.

Doch nicht nur Deutschland leidet unter **Schwarz-Gelb**. Die Koalition ist selbst tief zerstritten, die **Stimmung** unter dem Nullpunkt. Beispielhaft sei ein Unionskollege erwähnt, der es so auf den Punkt brachte: die **FDP** sei eine **seelenlose Partei**, 80 Prozent der Unionsfraktion wären die Koalition inzwischen leid. Die Union ist stinksauer auf die FDP, der weite Teile die Regierungsfähigkeit absprechen. Das unwürdig-aggressive Auftreten Westerwelles und das penetrante Beharren der FDP auf reiner **Klientelpolitik gegen jede ökonomische Vernunft** – das alles fällt letztlich auch auf die Union zurück, die die Liberalen leichthin gewähren ließ - aber eben auch selbst trotz Rekordverschuldung unsinnige Steuersenkungen auf Pump beschloss.

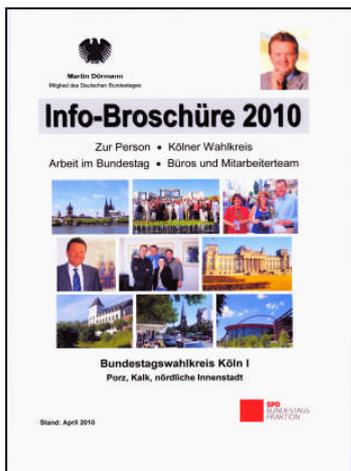
In der Großen Koalition profitierte **Angela Merkel** von starken SPD-Ministern und konnte so ihre Ideenlosigkeit kaschieren. Deren Konzepte waren es, die unser Land damals besser durch die Krise brachten als erwartet, insbesondere auf dem Arbeitsmarkt. Nun, wo sie persönlich gefordert wäre, steht Merkel da, wie eine **Kanzlerin ohne Kleider**.

Die **SPD** als führende Oppositionspartei wird die Regierung weiter unter Druck setzen. Die Finanzmärkte müssen endlich wirksam reguliert und an den von ihr mit verursachten Kosten der Krise beteiligt werden. Wir fordern einen **Politikwechsel**: weg von der Klientelorientierung hin zu mehr Gerechtigkeit. Gerade in der Krise müssen starke Schultern mehr tragen.

Herzlichst

Euer





Die Infobroschüre 2010 enthält Informationen zu den Aufgaben von Martin Dörmann und zum Wahlkreis



Die Sonderausgabe „Sozialdemokratische Köpfe“ der Berlin Depesche mit Porträts bekannter SPD-Politiker/innen wurde aktualisiert

WAHLKREIS

Sigmar Gabriel in Kalk

Unterstützung der SPD-Landtagskandidaten – scharfe Kritik an Rüttgers

Zu einer Wahlkampfveranstaltung der SPD in Kalk kam **Sigmar Gabriel** am 26. April in den vollen Veranstaltungssaal des Internationalen Bundes (IB).

In seiner Rede ging der SPD-Parteivorsitzende auf die negative Bilanz der schwarz-gelben Landesregierung ein und betonte die bundespolitische Bedeutung der Landtagswahl. Obwohl NRW das wichtigste Industrieland Deutschlands sei und allein gerechnet sogar Platz 6 in Europa erreiche, sei es in den letzten fünf Jahren in fast allen wichtigen Rankings abgestürzt oder hinke den Entwicklungen hinterher. Beispielhaft nannte er die Anzahl der Plätze für Kindergartenbetreuung und der Studierenden.

Jürgen Rüttgers habe durch seine Zustimmung im Bundesrat zum „Wachstums- und Beschleunigungsgesetz“, das u.a. die Hoteliers jährlich mit 1,6 Milliarden Euro beschenke, seinen „Raubzug durch die Kommunen“ fortgesetzt, von denen heute in NRW nur noch 10 Prozent einen ausgeglichenen Haushalt aufwiesen.

Gabriel warb für die SPD und ihre Spitzenkandidatin **Hannelore Kraft**. NRW brauche einen Politikwechsel im Land und neue Mehrheitsverhältnisse

im Bundesrat. Eine SPD-geführte Landesregierung stehe für einen kostenlosen Zugang zur Bildung vom Kindergarten bis zur Universität. Sie werde im Bundesrat gegen unsinnige und ungerechte Steuergeschenke stimmen und eine Einführung der

sozial ungerechten Kopfpauschale verhindern. Gabriel beantwortete im Anschluss an seine Rede noch zahlreiche Fragen aus dem Publikum. An einer Talkrunde nahmen auch die SPD-Landtagskandidaten **Stephan Gatter**, **Tayfun Kelttek** und **Jochen Ott** sowie Ratsfrau **Susana dos Santos-Herrmann** und der Kalker Bezirksbürgermeister



Markus Thiele teil.

Unter den zahlreichen Gästen waren auch die Bundestagsabgeordneten **Martin Dörmann** und **Rolf Mützenich** sowie die Landtagsabgeordneten **Martin Börschel** und **Marc Jan Eumann**.

Zum Abschluss der Veranstaltung wurde das Fernsehduell zwischen Hannelore Kraft und Jürgen Rüttgers auf einer Großbildleinwand live übertragen. Da war Sigmar Gabriel aber bereits wieder unterwegs – er hatte sich mit **Peer Steinbrück** verabredet, mit dem er das Duell dann gemeinsam verfolgte. In Kalk kennt sich Gabriel übrigens noch gut aus – seine Tochter wohnte hier während ihres Studiums.

Die Ergebnisse der NRW-Landtagswahlen 2010

Die schwarz-gelbe Regierungskoalition wurde abgewählt, die CDU verlor dramatische 10,3 Prozentpunkte. Nach Mandaten liegen SPD und CDU gleichauf, wobei die CDU 5.882 Stimmen mehr bekommen hat. Eine rot-grüne Mehrheit wurde um nur ein Mandat verpasst. Nun sind schwierige Verhandlungen um eine handlungsfähige Mehrheit notwendig. Die Wahlbeteiligung ist gegenüber 2005 um 3,7 Prozent gesunken.

Stimmergebnisse

Partei	Zweitstimmen	Veränderung
SPD	34,5 %	- 2,6 %
CDU	34,6 %	-10,3 %
Grüne	12,1 %	+5,9 %
FDP	6,7 %	+0,6 %
Linke	5,6 %	+2,5 %
Sonstige	6,5 %	+ 3,9 %

Wahlbeteiligung: 59,3 % (-3,7%)

Sitzverteilung

Partei	Sitze	Veränderung
SPD	67	- 7
CDU	67	- 22
Grüne	23	+11
FDP	13	+ 1
Linke	11	+ 11
Sonstige	0	0
GESAMT	181	- 6

Zusammensetzung der SPD-Landtagsfraktion

Die nachfolgenden 67 Mitglieder der neuen SPD-Fraktion wurden direkt oder über Liste (*) in den Landtag gewählt, Abgeordnete, die neu in den Landtag gewählt wurden, sind kursiv gedruckt:

Altenkamp, Britta	<i>Fortmeier, Georg</i>	Jörg, Wolfgang	<i>Neumann, Josef</i>	<i>Sundermann, Frank</i>
Becker, Andreas	Garbrecht, Günter	Kieninger, Gerda	<i>Ott, Jochen</i>	Töns, Markus
Dr. Behrens, Fritz*	Gatter, Stephan	<i>Kopp-Herr, Regina</i>	Preuß-Buchholz, Iris*	<i>Voigt-Küppers, Eva-Maria</i>
<i>Bell, Dietmar</i>	Gebhard, Heike	Körfges, Hans-Willi *	Römer, Norbert *	<i>Vogt, Alexander</i>
<i>Berghahn, Jürgen</i>	Gödecke, Carina	Kraft, Hannelore	<i>Roth, Wolfgang</i>	<i>von Grünberg, Bernhard</i>
<i>Bialas, Andreas</i>	Gottschlich, Margret	Kramer, Hubertus	Ruhkemper, Cornelia	Walsken, Gisela
Bischoff, Rainer	Große Brömer, Wolfgang	Kuschke, Wolfram	Schäfer, Ute	<i>Weiß, Rüdiger</i>
Börschel, Martin	<i>Hahnen, Ulrich</i>	Kutschat, Thomas	<i>Scheffler, Michael</i>	<i>Wolf, Sven</i>
Dr. Böllermann, Gerd	<i>Herter, Marc</i>	<i>Lux, Eva</i>	Schmeltzer, Rainer	<i>Yetim, Ibrahim</i>
Dr. Bovermann, Rainer	Hilser, Dieter	Link, Sören	Schultheis, Karl	<i>Yüksel, Serdar</i>
<i>Dahm, Christian</i>	Howe, Inge	<i>Lück, Angelika</i>	Schulze, Svenja*	<i>Zimkeit, Stefan</i>
<i>Dudas, Gordan</i>	<i>Hübner, Michael</i>	<i>Lüders, Nadja</i>	<i>Steininger-Bludau, Eva</i>	
Eiskirch, Thomas	Jäger, Ralf	<i>Maelzer, Dennis</i>	Stotko, Thomas	
Eumann, Marc Jan	<i>Jahl, Armin</i>	<i>Meesters, Norbert</i>	Stotz, Marlies *	

→ Aktuelle Infos unter: www.spd-fraktion.landtag.nrw.de/spdinternet/www/startseite/index.jsp

Das Ergebnis in Köln

SPD bleibt stärkste Kraft und holt 4 von 7 Wahlkreisen direkt

Die SPD in Köln liegt mit 31,0 % leicht unter dem Landesergebnis, ist aber immer noch stärkste Kraft in der Stadt. Auch in Köln hat die CDU deutliche Verluste zu verzeichnen. Stimmgewinne konnten vor allem die Grünen sowie die Linkspartei verbuchen.

Für die SPD konnten **Martin Börschel**, **Marc Jan Eumann**, **Stephan Gatter** sowie **Jochen Ott** ein Direktmandat erringen. Drei der sieben Direktmandate gingen an die CDU. Von den kleineren Parteien zogen sechs Abgeordnete über Liste in den Landtag (siehe nächste Seite).

Stimmergebnisse in der Stadt Köln

Partei	Zweitstimmen	Veränderung
SPD	31,0	- 6,2
CDU	27,6	- 8,7
Grüne	20,6	+ 7,7
FDP	7,1	- 0,3
Linke	6,5	+3,5
Sonstige	7,3	+ 4,1

Wahlbeteiligung: 57,8 % (-2,2)



Das Kandidatenteam der SPD am Wahlabend im Kölner Rathaus (v.l.): **Ingrid Hack**, **Jochen Ott**, **Lisa Steinmann**, **Tayfun Kelttek**, **Martin Börschel** und **Stephan Gatter**. Auf dem Foto fehlt **Marc Jan Eumann**.

Erststimmenergebnisse in den 7 Kölner Landtagswahlkreisen.

Wahlkreis	SPD-Kandidat/in	SPD	CDU	Direkt gewählt
13 Köln I Rodenkirchen, südliche Innenstadt	Ingrid Hack	30,2%	31,8 %	Andrea Christina Verporten (CDU)
14 Köln II Lindenthal	Lisa Steinmann	25,2%	32,5 %	Dr. Martin Schoser (CDU)
15 Köln III Ehrenfeld, Nippes, Bilderstöckchen	Martin Börschel	37,6 %	22,0 %	Martin Börschel (SPD)
16 Köln IV Chorweiler, Riehl, Niehl, Weidenpesch, Longerich, Mauenheim	Tayfun Keltek	34,6 %	36,0 %	Christian Möbius (CDU)
17 Köln V Porz, Brück, Rath/Heumar, Merheim	Jochen Ott	38,6 %	36,1 %	Jochen Ott (SPD)
18 Köln VI Kalk, nördliche Innenstadt	Stephan Gatter	37,3%	24,0 %	Stephan Gatter (SPD)
19 Köln VII Mülheim	Marc Jan Eumann	43,3 %	28,5%	Marc Jan Eumann (SPD)

Zusätzlich über die Landeslisten der Parteien gewählte Kölner Abgeordnete:

Bündnis 90/Die Grünen: **Arndt Klocke, Andrea Asch, Arif Ünal**

Partei „Die Linke“: **Carolin Butterwegge, Özlem Demirel, Hamide Akbayir**

Die Ergebnisse für die beiden Landtagswahlkreise im Bundestagswahlkreis Köln I

In beiden Landtagswahlkreisen, die innerhalb des Bundestagswahlkreises Köln I liegen, wurde jeweils ein SPD-Kandidat direkt gewählt: **Stephan Gatter** bleibt Landtagsabgeordneter im Wahlkreis 18 (Kalk-West, nördliche Innenstadt), **Jochen Ott** löst Jürgen Holstein (CDU) im Wahlkreis 17 (Porz, Kalk-Ost) ab.

17 Köln V

Porz, Poll, Merheim, Brück, Rath/Heumar

Partei	Prozent	Veränderung	Absolute Stimmen
SPD	33,6 %	-3,5 %	18.153
CDU	31,6 %	-11 %	17.188
Grüne	14,0 %	+7,0 %	7.604
FDP	7,0 %	+0,2 %	3.805
Linke	6,1 %	+3,5 %	3.325
Pro NRW	3,2 %	-	1.759

18 Köln VI

Kalk, Vingst, Höhenberg, Ostheim, Neubrück, Humboldt/Gremberg, nördliche Innenstadt

Partei	Prozent	Veränderung	Absolute Stimmen
SPD	31,9 %	-7,8 %	15.575
CDU	23,0 %	-7,6%	11.197
Grüne	22,8 %	+7,3 %	11.098
FDP	6,2 %	-0,6 %	3.025
Linke	8,3 %	+4,4 %	4.027
Pro NRW	2,4 %	-	1.167

Zweitstimmenergebnisse in den Landtagswahlkreisen 17 und 18 zusammengefasst (entspricht dem Bundestagswahlkreis Köln I)

Partei	Prozent	Veränderung	Absolute Stimmen
SPD	32,7 %	-5,6 %	33.728
CDU	27,3 %	-9,8 %	28.385
Grüne	18,4 %	-7,5 %	18.702
FDP	6,6 %	-0,2 %	6.830
Linke	7,2 %	+4,0 %	7.352
Pro NRW	2,8 %	-	2.926



Eindrücke vom Wahlabend im Kölner Rathaus (SPD-Fraktion)

Links: Warten auf das Wahlergebnis, Mitte: „Schwarz-gelbe Koalition abgewählt“, Rechts: Gatter und Ott freuen sich

ENQUETE-KOMMISSION „INTERNET UND DIGITALE GESELLSCHAFT“

Martin Dörmann ist Mitglied und stellv. Vorsitzender der **Enquete-Kommission** „Internet und digitale Gesellschaft“ des Deutschen Bundestages. Deshalb haben wir diese **neue Rubrik** aufgenommen, in der wir regelmäßig über den Fortgang der Kommissionsarbeit informieren werden.

Den Einsetzungsbeschluss haben wir in der letzten Ausgabe der Berlin Depesche abgedruckt.

Konstituierung und Einsetzung von konkreten Projektgruppen

Martin Dörmann zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt

Die neue Enquete-Kommission hat sich am 5. Mai 2010 unter Leitung von Bundestagsvizepräsidentin **Petra Pau** konstituiert. Zum Vorsitzenden benannte die Kommission den CDU-Abgeordneten **Axel E. Fischer**, zu seinem Stellvertreter **Martin Dörmann**. Obleute der Fraktion sind **Jens Koeppen** (CDU/CSU), **Lars Klingbeil** (SPD), **Jimmy Schulz** (FDP), **Halina Wawzyniak** (Die Linke) und **Dr. Konstantin von Notz** (Bündnis 90/Die Grünen).

Von den 17 Abgeordneten der Enquete gehören sechs der Unionsfraktion an, vier der SPD-Fraktion, drei der Fraktion der FDP sowie jeweils

zwei der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/die Grünen.

Auf ihrer Klausurtagung am 17. Mai hat die Enquete-Kommission beschlossen, sich zu Anfang mit den Themen Netzneutralität, Urheberrecht und Datenschutz zu beschäftigen. Dazu werden Projektgruppen gebildet. Außerdem einigte sich die Kommission darauf, am 14. Juni die erste reguläre Sitzung abzuhalten. Am 5. Juli soll es eine Anhörung zum Thema: „Auswirkungen der Digitalisierung auf die Gesellschaft – Bestandsaufnahme und Zukunftsaussichten“ geben.



Die SPD-Abgeordneten Aydan Özoğuz, Martin Dörmann und Lars Klingbeil im Gespräch



Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau mit Axel E. Fischer und Martin Dörmann bei der konstituierenden Sitzung der Enquete-Kommission

Die 34 Mitglieder der Enquete-Kommission

Jeweils 17 Bundestagsabgeordnete und externe Sachverständige

Die Kommission wird zusammen mit externen Fachleuten etwa 2 Jahre lang darüber beraten, wie der Gesetzgeber den legislativen Anforderungen der digitalisierten Gesellschaft am besten begegnen kann. 2012 wird die Enquete-Kommission dem Bundestag einen Bericht mit Handlungsempfehlungen vorlegen.

Der Enquete-Kommission gehören jeweils 17 Bundestagsabgeordnete sowie 17 externe Sachverständige an.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat folgende Abgeordnete für die Enquete-Kommission berufen: **Lars Klingbeil** (Sprecher), **Martin Dörmann**, **Johannes Kahrs** und **Aydan Özoğuz** als ordentliche Mitglieder sowie **Elvira Drobinski-Weiß**,

Christian Lange, **Burkhard Lischka** und **Bri-gitte Zypries** als stellvertretende Mitglieder.

Die Sachverständigen wurden von den einzelnen Fraktionen entsprechend ihrer Stärke benannt. Darunter sind unter anderem politische Medienexperten, Netzaktivisten, Wirtschaftsvertreter und Wissenschaftler.

Von der SPD-Fraktion wurden folgende Experten berufen: **Alvar Freude** (AK Zensur, Gesprächskreis Netzpolitik), **Lothar Schröder** (Ver.di), **Wolfgang Schulz** (Hans-Bredow-Institut), **Cornelia Tausch** (Verbraucherzentrale Bundesverband)

→ Nächste Seite: Mitgliederliste der Enquete-Kommission

Die Enquete-Kommission "Internet und digitale Gesellschaft"

<u>Vorsitzender:</u>		<u>Stellvertretender Vorsitzender:</u>	
Axel E. Fischer	CDU/CSU	Martin Dörmann	SPD
<u>Obleute:</u>			
Jens Koeppen	CDU/CSU	Halina Wawzyniak	DIE LINKE.
Lars Klingbeil	SPD	Dr. Konstantin von Notz	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Jimmy Schulz	FDP		

Partei	Mitglieder	Stellvertreter	Sachverständige
CDU	Axel E. Fischer Ansgar Heveling Thomas Jarzombek Jens Koeppen Peter Tauber	Christian Hirte Axel Knoerig Nadine Müller Lucia Puttrich Tankred Schipanski	Dieter Gorny <i>(Bundesverband Musikindustrie)</i> Harald Lemke <i>(hessischer Staatssekretär a.D.)</i> Bernard Rohleder <i>(BITKOM)</i> Nicole Simon <i>(Social Media Consultant)</i> Christof Weinhardt <i>(Karlsruhe Institute of Technology)</i>
CSU	Reinhard Brandl	Stephan Mayer	Wolf-Dieter Ring <i>(Bayrische Landeszentrale für neue Medien)</i>
SPD	Martin Dörmann Johannes Kahrs Lars Klingbeil Aydan Özoğuz	Elvira Drobinski-Weiß Christian Lange Burkhard Lischka Brigitte Zypries	Alvar Freude <i>(AK Zensur, Gesprächskreis Netzpolitik)</i> Lothar Schröder <i>(Ver.di)</i> Wolfgang Schulz <i>(Hans-Bredow-Institut)</i> Cornelia Tausch <i>(Verbraucherzentrale Bundesverband)</i>
FDP	Sebastian Blumenthal Manuel Höferlin Jimmy Schulz	Florian Bernschneider Sylvia Canel Stephan Thomae	Hubertus Gersdorf <i>(Universität Rostock)</i> Wolf Osthaus <i>(Ebay)</i> padeluun <i>(Künstler, Netzaktivist)</i>
Linke	Petra Sitte Halina Wawzyniak	Herbert Behrens Jan Korte	Constanze Kurz <i>(CCC – Chaos Computer Club)</i> Annete Mühlberg <i>(Ver.di)</i>
Grüne	Tabea Rößner Konstantin von Notz	Jerzy Montag Krista Sager	Markus Bechedahl <i>(netzpolitik.org)</i> Jeanette Hoffmann <i>(Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung)</i>



Die Mitglieder der Enquete-Kommission vor dem Reichstag (v.l.): padeluun (Künstlernamen), Tabea Rößner, Constanze Kurz, Jeanette Hofmann, Cornelia Tausch, Anette Mühlberg, Alvar Freude, Christof Weinhardt, Harald Lemke, Dieter Gorny, Johannes Kahrs, Lars Klingbeil, Nicole Simon, Axel E. Fischer, Sylvia Canel, Jens Koeppen, Bernhard Rohleder, Jimmy Schulz, Martin Dörmann, Wolf Osthaus, Aydan Özoğuz, Manuel Höferlin, Thomas Jarzombek, Wolf-Dieter Ring, Markus Beckedahl, Ansgar Heveling, Hubertus Gersdorf, Sebastin Blumenthal, Wolfgang Schulz, Peter Tauber, Reinhard Brandl, Konstantin von Notz, Florian Bernschneider

Die Enquete-Kommission im Internet

Neue Formen der Bürgerbeteiligung

Im Einsetzungsbeschluss der Enquete-Kommission heißt es: „Die Enquete-Kommission bezieht die Öffentlichkeit in besonderem Maße in ihre Arbeit mit ein. Über die Arbeit der Kommission wird regelmäßig und so transparent wie möglich auf der Internetseite des Deutschen Bundestages informiert. Dort werden zudem Beteiligungsmöglichkeiten angeboten, die Anregungen aus der Öffentlichkeit in geeigneter Weise in der Arbeit der Kommission einfließen lassen können.“

Die Enquete-Kommission wird neue Formen der virtuellen Bürgerbeteiligung erproben. Bürgerinnen und Bürgern werden am Arbeitsprozess der Enquete-Kommission teilhaben können. Dazu gehören Live-Übertragungen der Sitzungen ebenso wie die Möglichkeit, selbst mitzudiskutieren.

Hier setzt die Microsite der Enquete-Kommission auf der Internet-Seite des Deutschen Bundestages an: Als interaktives Element bietet das Diskussionsforum die Möglichkeit, eigene Beiträge hochzuladen. Die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger, ihre Kommentare, Hinweise sind nicht nur willkommen sondern geradezu erwünscht. Die Seite verfügt neben einer Übersicht über alle

Mitglieder auch über eine Mediathek, in der Reden und Filme zur Kommission eingestellt sind. Zudem hat die Kommission beschlossen, einen Blog einzurichten, in dem über den zukünftigen Online-Dialog mit der interessierten Öffentlichkeit diskutiert werden kann.



→ Die Seiten der Enquete-Kommission sind zu finden unter:
www.bundestag.de/internetenquete/index.jsp

SPD will Banken beteiligen und Spekulationen unterbinden

Der Deutsche Bundestag hat am 7. Mai 2010 mit den Stimmen von CDU/CSU, FDP und den Grünen das Währungsunion-Stabilisierungsgesetz beschlossen. Mit dem Gesetz wird die Bundesregierung ermächtigt, für Zahlungen an Griechenland von bis zu 22,4 Milliarden Euro zu bürgen, die von der Förderbank KfW als Kredit gewährt und vom Bund garantiert werden. Die SPD-Bundestagsfraktion unterstützt das internationale Rettungspaket und die deutsche Beteiligung daran, hält aber eine reine Kreditermächtigung für nicht ausreichend, um die Stabilität der Eurozone nachhaltig zu gewährleisten. Aus diesem Grund hat sich die SPD-Bundestagsfraktion bei der Abstimmung der Stimme enthalten.

Von entscheidender Bedeutung sind für die SPD-Bundestagsfraktion in dieser überaus dramatischen Lage eine dauerhafte Beteiligung des Finanzsektors an den Kosten der Krise und eine wirksame Eindämmung der immer neuen Spekulationswellen. Deutschland soll sich in den kommenden drei Jahren mit insgesamt rund 22 Milliarden Euro an dem Rettungspaket für Griechenland beteiligen. Im Jahr 2010 sollen zunächst 8,4 Milliarden Euro fließen.

Auch die SPD möchte durch deutsche Beiträge den Euro stabil halten. Wichtig ist es, dass diejenigen, die verantwortlich sind für die Krise, die Kosten tragen. Deshalb fordert die SPD-Bundestagsfraktion von der Bundesregierung drastische Schritte, um in Europa gemeinsam mit den anderen Mitgliedstaaten eine Finanzmarktsteuer einzuführen.

Deutschland hat eine Schlüsselstelle bei der Lösung der Griechenlandkrise. Jetzt muss die Bundesregierung endlich tatkräftig handeln. Es gilt, verlorenes Vertrauen zurückzugewinnen, die Krise einzudämmen, Lasten gerecht zu verteilen und Europa wieder auf einen guten Weg zu bringen. Europa wird nur dann auf einen guten Weg zurückzubringen sein, wenn flankierend zur Unterstützung Griechenlands folgende Prinzipien zur Geltung gebracht werden:

- Die Kostenrisiken für die Rettung Griechenlands können nicht allein auf die Steuerzahler abgewälzt werden – auch der Finanzsektor muss seinen Anteil leisten. Wir müssen verhindern, dass die Bürger stark belastet werden, die Spekulanten aber belohnt werden.
- Spekulationen und Exzesse auf den Finanzmärkten müssen jetzt unterbunden werden. Sie dürfen die Eurozone nicht ein weiteres Mal an den Rand des Abgrunds führen. Von Griechenland darf kein Flächenbrand ausgehen. Deshalb müssen die Hilfen für Griechenland

durch Initiativen zur Finanzmarktregulierung begleitet sein.

- Eine solide Finanzpolitik ist nicht nur eine Forderung an Griechenland. Jeder einzelne Euro-Staat muss deutlich machen, dass er sich dem Ziel solider Finanzen verpflichtet fühlt. Wir brauchen mehr Transparenz und mehr Kontrollen. Und wir brauchen eine stärkere Koordinierung der Wirtschafts- und Finanzpolitik in Europa. Eine gemeinsame Währung braucht eine abgestimmte Politik.

Wahrung der Stabilität in der Euro-Zone

In den letzten Wochen und Monaten hat sich die Schuldenkrise Griechenlands dramatisch zuspitzt. Die Schwierigkeiten der griechischen Regierung zur Bedienung des Schuldendienstes neues Geld auf den internationalen Finanzmärkten zu leihen, und das aggressiv-spekulative Verhalten der Kapitalmärkte gefährden nicht nur die Stabilität des Euro. Auf dem Spiel steht auch die Zukunft des europäischen Wirtschaftsraumes insgesamt und damit Sicherheit und Stabilität des Wohlstandes in Europa.

Deutschland hat als führende Exportnation vor allen anderen Mitgliedstaaten das größte Interesse an einer stabilen Euro-Zone. Der Zusammenbruch ganzer Staaten in Europa und eine instabile Währung würden hunderttausende von Arbeitsplätzen in Deutschland gefährden. Deshalb muss schnell gehandelt werden – aber es kommt darauf an, das Richtige zu tun. Es geht nicht um Gefälligkeiten gegenüber Griechenland sondern um die Wahrung der Stabilität in der Euro-Zone, an der wir ein hohes eigenes Interesse haben sollten. Ohne gemeinsame stabile Währung hätte die Wirtschafts- und Finanzkrise unseren Kontinent noch härter getroffen.

Die europäischen Staaten sind längst untrennbar miteinander verwoben, deshalb ist die Solidarität mit Griechenland der beste Selbstschutz für uns Deutsche. Die Anstrengung, die den Menschen und der Politik in Griechenland bevorsteht, ist gigantisch. Sie verdient Respekt und Unterstützung.

Sozialdemokraten wollen ein starkes Europa

Die SPD-Bundestagsfraktion hat schon zu Beginn der Krise die Kanzlerin aufgefordert, gemeinsam mit allen anderen EU-Staaten dafür zu sorgen, dass die griechische Regierung drastische Sparmaßnahmen ergreift. Zudem hat die SPD-Bundestagsfraktion gefordert, dass sich Griechenland seine notwendigen Kredite zu normalen Zinsen beschaffen kann und nicht auf die Spekulationen der Finanzmärkte angewiesen sein sollte. Die sozialdemokratischen Abgeordneten im Euro-

päischen Parlament haben dafür vor Monaten Vorschläge vorgelegt.

Angela Merkel und ihre CDU/CSU/FDP-Koalition aber wollten aus reinen wahltaktischen Erwägungen bis zur Landtagswahl in NRW am 9. Mai den Deutschen nicht die Wahrheit sagen. Stattdessen hat sich die Kanzlerin als Schutzengel der deutschen Steuerzahler feiern lassen. In Wahrheit wusste sie aber bereits, dass sich die Deutschen aus eigenem Interesse nicht raushalten können.

Diese Taktiererei war geradezu eine Einladung an die Spekulanten: Lagen die Zinsen am Anfang der Griechenlandkrise noch bei 5,2 Prozent, so stiegen sie erst auf 8,5 Prozent und sind jetzt explodiert. Merkels Wahltaktik kostet die deutschen und europäischen Steuerzahler Milliarden Euro – und jeden Tag der Untätigkeit kostet es mehr.

Sozialdemokratisches Krisenmanagement fehlt

Sozialdemokratische Minister haben nach der Lehmann-Pleite gezeigt, was verantwortungsbewusstes, schnelles Handeln ist, sie haben die Debatte in Europa bestimmt und sich nicht – wie die jetzige Bundesregierung – von anderen treiben lassen.

Deutschland darf sich nicht auf kurzfristiges Krisenmanagement beschränken, sondern müssen den Ursachen der Krise zu Leibe rücken und ihre Verursacher an der Beseitigung ihrer Folgen

Entschließungsantrag der SPD-Bundestagsfraktion

Nachfolgend der von der SPD-Bundestagsfraktion eingebrachte Entschließungsantrag zum eingebrachten Entwurf eines Gesetzes zur Übernahme von Gewährleistungen zum Erhalt der für die Finanzstabilität in der Währungsunion erforderlichen Zahlungsfähigkeit der Hellenischen Republik (Währungsunion-Finanzstabilitätsgesetz-WFStG). Der Antrag wurde von den Koalitionsfraktionen abgelehnt!

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Wir unterstützen das internationale Rettungspaket für Griechenland. Diese Hilfe liegt unmittelbar auch in unserem eigenen deutschen Interesse. Sie ist notwendig, um die Finanzmarktstabilität im Euroraum als Ganzes zu sichern und erheblichen Schaden von der Bundesrepublik Deutschland abzuwenden.

Sechzig Jahre Frieden in Europa sind ein Erfolg ohne Beispiel. Die europäische Einigung ist das Ergebnis kluger, mutiger Politik. Sie beruht auf der Erkenntnis: Wer nur auf seinem kurzfristigen Vorteil beharrt, der steht am Ende ohne Freunde da. Wer bereit ist, verantwortlich fürs Ganze zu handeln, der gehört langfristig zu den Gewinnern. Das gilt für niemanden so sehr wie für uns Deutsche in der Mitte unseres Kontinents.

Der Euro ist die europäische Antwort auf das globale Zeitalter. Wir Deutsche profitieren besonders davon. Zwei Drittel unserer Exporte gehen in die Staaten der EU. Die deutsche Wirtschaft spart jedes Jahr rund zehn Milliarden Euro, weil Kurssicherungsgeschäfte weggefallen sind. In der vergangenen Dekade sind in der Euro-Zone 16 Millionen neue Jobs entstanden, auch dank wachsenden Interesses globaler Investoren.

beteiligen. Eine Finanzmarktsteuer in Europa, wie sie Peer Steinbrück wiederholt vorgeschlagen hat, würde die Verursacher zur Kasse bitten. Allein Deutschland hätte in jedem Jahr zweistellige Milliardenbeiträge an Einnahmen.

Durch das Verbot bestimmter gefährlicher Praktiken an den Finanzmärkten und die Regulierung dieser Märkte wäre eine wichtige Prävention für Finanzkrisen möglich gewesen und die Steuerzahler müssten nicht das zweite Mal für das unverantwortliche Verhalten der Banken in der Griechenlandkrise bezahlen. Denn natürlich wussten viele Banker, dass Griechenland nicht mehr zahlungsfähig war – trotzdem wurden Kredite herausgegeben. Und natürlich wird im Investmentbanking weiter mit den gleichen Praktiken gearbeitet, die uns in die Krise hinein getrieben haben.

Die SPD hat in der Bundesregierung 2008 nach dem Grundsatz gehandelt: Im Mittelpunkt steht das Land, kurzsichtige Parteitaktik steht dahinter zurück. In der gegenwärtigen Bundesregierung scheinen andere Maßstäbe zu gelten. Sie hat Entscheidungen verschleppt, Krisenfolgen und Kosten verschwiegen, die Menschen in diesen zentralen Fragen hinters Licht geführt. Die Bundesregierung ist ihrer Verantwortung nicht gerecht geworden.

Deutschland braucht den Euro – ebenso wie Europa. Ohne gemeinsame Währung hätte die Wirtschafts- und Finanzkrise unseren Kontinent noch härter getroffen. Die Staaten der Euro-Zone sind längst eine Schicksalsgemeinschaft, untrennbar miteinander verwoben. Deshalb spricht nicht nur die europäische Solidarität, sondern auch die ökonomische Vernunft für eine schnelle und wirkungsvolle Unterstützung Griechenlands.

Die Lage ist dramatisch. Wie im September 2008 ist die Krise vor allem eine Vertrauenskrise, die immer weiter um sich zu greifen droht. Damals, nach der Lehmann-Pleite, hat die Politik mit entschlossenem Handeln Vertrauen wiederhergestellt. Diesmal geht es nicht mehr nur um das Vertrauen in den Markt, es geht um das Vertrauen in den Staat selbst – nicht nur in Griechenland, auch bei uns.

Entschlossenes Handeln ist notwendig. Der Deutsche Bundestag erkennt die Maßnahmen, die die Hellenische Republik in einer herausragenden Anstrengung unternehmen wird, um auf den Weg solider Staatsfinanzen zurückzukehren, ausdrücklich an. In spätestens drei Jahren, wenn Athen sich wieder ausschließlich selbständig an den Finanzmärkten refinanzieren soll, muss klar sein: Griechenland hat die Lehren aus seiner Beinahepleite gezogen.

Die Anstrengung, die den Menschen und der Politik in Griechenland bevorsteht, ist gigantisch. Sie verdient Respekt und Unterstützung. Der Deutsche Bundestag sichert vor allem der griechischen Bevölkerung seine Unterstützung für dieses engagierte Programm zu.

Damit Griechenland seine ehrgeizigen Ziele erreichen und zurück auf den Pfad nachhaltiger Haushalte gelangen kann, ist das Land aber in einem ersten Schritt auch auf Hilfen Europas und des IWF angewiesen. Zur weiteren Stabilisierung der hellenischen Republik, aber auch zur Gewährleistung der Finanzstabilität des europäischen Währungsraums haben die Eurostaaten daher am 2. Mai 2010 ihre Bereitschaft erklärt, im Zusammenhang mit einem dreijährigen Programm des Internationalen Währungsfonds mit einem geschätzten Gesamtfinanzierungsbedarf in Höhe von 110 Milliarden Euro bis zu 80 Milliarden Euro als Finanzhilfe an die Hellenische Republik in Form von koordinierten bilateralen Krediten bereitzustellen, davon bis zu 30 Milliarden Euro im ersten Jahr. Die Entscheidung der Eurogruppe wurde auf der Basis einer gemeinsamen Einschätzung von Kommission und Europäischer Zentralbank getroffen, die insbesondere eine nicht hinreichende Finanzierungsmöglichkeit der Hellenischen Republik über die Kapitalmärkte sowie die Gefährdung der Finanzmarktstabilität in der Währungsunion als Ganzes feststellt. Mit dem Gesetzentwurf zum Erhalt der Stabilität der Währungsunion werden die Voraussetzungen geschaffen, dass sich Deutschland an den koordinierten bilateralen Finanzhilfen der Eurostaaten für die Hellenische Republik beteiligen kann.

Doch frisches Geld für Griechenland reicht allein nicht aus, damit Vertrauen zurückkehrt. Ein Rettungspaket kann nur zugleich effektiv und nachhaltig sein, wenn es dazu beiträgt, verlorenes Vertrauen zurückzugewinnen und in einem zweiten Schritt die Voraussetzungen dafür schafft, solche Krisen künftig zu vermeiden und die Lasten der Krisenbewältigung gerecht zu verteilen. Europa wird nur dann auf einen guten Weg zurückzubringen sein, wenn flankierend zur Unterstützung Griechenlands folgende Prinzipien zur Geltung gebracht werden:

- Die Kostenrisiken für die Rettung Griechenlands können nicht allein auf die Steuerzahler abgewälzt werden - auch der Finanzsektor muss seinen Anteil leisten. Risiko und Haftung gehören in der sozialen Marktwirtschaft zusammen. Wer, wie die Käufer griechischer Staatsanleihen, jahrelang höhere Renditen kassiert, der muss auch einen Anteil des Risikos tragen. Wir müssen verhindern, dass ein ums andere Mal die Steuerzahler zur Kasse gebeten, die Spekulanten aber belohnt werden. Die Kosten der Krise müssen von ihren Verursachern getragen werden.
- Spekulationen und Exzesse auf den Finanzmärkten müssen jetzt unterbunden werden. Sie dürfen die Eurozone nicht ein weiteres Mal an den Rand des Abgrunds führen. Von Griechenland darf kein Flächenbrand ausgehen. Deshalb müssen die Hilfen für Griechenland durch Initiativen zur Finanzmarktregulierung begleitet sein.

- Eine solide Finanzpolitik ist nicht nur eine Forderung an Griechenland. Jeder einzelne Euro-Staat muss glaubhaft machen, dass er sich dem Ziel solider Finanzen verpflichtet fühlt. Der Stabilitätspakt muss nachgeschärft werden. Wir brauchen mehr Transparenz und bessere Kontrollen. Und wir brauchen eine stärkere Koordinierung der Wirtschafts- und Finanzpolitik in Europa. Eine gemeinsame Währung braucht eine abgestimmte Politik.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. flankierend zur Nothilfe für Griechenland Maßnahmen zu ergreifen, um den Finanzsektor an der Finanzierung öffentlicher Aufgaben sowie zugleich an den Kosten der Krise zu beteiligen. Dazu zählen insbesondere:

- Die Einführung einer Finanztransaktionssteuer. So kann Verantwortung gerecht verteilt werden. Eine Finanztransaktionssteuer kann gewährleisten, dass die Akteure auf den Finanzmärkten an den Folgekosten der Krisen beteiligt werden. Außerdem kann von einer solchen Steuer - wie auch der IWF bestätigt - eine dämpfende Wirkung besonders auf kurzfristige Börsengeschäfte ausgehen, die minimale Arbitragemöglichkeiten für schnelle Gewinne nutzen.
- Unter Führung der EZB sind mit den Banken und Investoren, die Staatsanleihen Griechenlands halten, Verhandlungen aufzunehmen, um eine Beteiligung an den Kosten der Rettungsmaßnahmen zu erreichen. Ziel der Verhandlungen ist, nicht länger gerechtfertigte Risikoaufschläge bei den vereinbarten Anleihezinsen aufgrund des - durch die staatlichen Rettungsmaßnahmen begründeten - Wegfalls des Risikos zu reduzieren.

2. Maßnahmen zu ergreifen, die notwendig sind, um künftige Krisen zu verhindern. Dazu gehören insbesondere:

- Die Regulierung von Rating-Agenturen weiter zu verbessern und die Gründung einer Europäischen Rating-Agentur entweder in öffentlich-rechtlicher Organisationsform oder - analog der deutschen Börsen - mit teilweise öffentlich-rechtlicher Aufgabenwahrnehmung zu befördern. Um Interessenkonflikte auszuschließen, sind künftig zwischen Rating-Agenturen und Finanzmarktakteuren, deren Produkte sie bewerten, alle sonstigen geschäftlichen Verbindungen zu unterbinden.
- Spekulative Geschäfte mit Kreditausfallversicherungen (Credit Default Swaps) unverzüglich, möglichst bis zum 1. Juli 2010 zu verbieten. Rechtlich durchsetzbare Kreditausfallversicherungen soll künftig nur noch abschließen und besitzen dürfen, wer tatsächlich Eigentümer der jeweiligen Kreditforderung ist. Leerverkäufe in Deutschland unverzüglich bis zum 1. Juni 2010 zu verbieten und sich für ein europaweites Verbot einzusetzen. Finanzmarktakteure können

und müssen künftig andere, deutlich weniger spekulative Instrumente mit gleicher ökonomischer Zielsetzung in Anspruch nehmen.

- Den so genannten „grauen Kapitalmarkt“ zu regulieren und zu beaufsichtigen. Der Markt für Derivate muss über europäische Clearingstellen und Handelsplattformen erfolgen, die wirksam reguliert werden. Künftig darf kein Finanzmarkt, kein Finanzmarktakteur und kein Finanzmarktprodukt ohne Regulierung, Aufsicht und Haftung bleiben.
- Sich im Europäischen Rat dafür einzusetzen, dass für Verbriefungen ein signifikanterer Selbstbehalt eingeführt wird als die 5 Prozent, die im Entwurf der Richtlinie der Europäischen Kommission vorgeschlagen werden.
- Den Anleger- und Verbraucherschutz in Europa weiter zu verbessern (z.B. durch die Einführung eines „Finanz-TÜV“).
- Den Stabilitäts- und Wachstumspakt zu bekräftigen und in seiner Funktion zu stärken, insbesondere die zuständigen europäischen Institutionen in die Lage zu versetzen, wirksame Maß-

nahmen ergreifen zu können, die für eine effektivere Überwachung der Haushalts- und Finanzpolitik der Euro-Staaten notwendig sind. Hierzu ist in einem ersten Schritt das europäische Statistikamt EUROSTAT mit mehr Durchgriffs- und Weisungsrechten gegenüber den nationalen Statistikämtern auszustatten und der Europäische Rechnungshof zu stärken.

- Eine bessere Koordinierung der Finanz- und Wirtschaftspolitik in der Europäischen Union durchzusetzen und diese um einen Frühwarnmechanismus für Krisen mit möglicherweise systemischen Auswirkungen zu ergänzen. Zudem ist die Europäische Union operationell in die Lage zu versetzen, mögliche künftige Krisen rasch und selbständig zu lösen. Dazu ist ein Nothilfeplan zu entwickeln, der insbesondere wirksame Instrumente enthalten muss, um überschuldete Staaten einem geordneten und raschen Restrukturierungsverfahren zuzuführen. Dieses Verfahren muss klar regeln, dass auch die Gläubiger auf einen Teil ihrer Forderungen verzichten müssen.

→ Weitere Informationen unter: www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,51911,00.html

Euro-Rettungspaket der EU

Schutzschirm für Europa

EU, Internationaler Währungsfonds (IWF) und die Europäische Zentralbank (EZB) haben am 9. Mai ein beispielloses Maßnahmenbündel geschnürt, das der Stärkung und dem Schutz des Euro dienen soll. Das Paket hat einen Gesamtumfang von 750 Milliarden Euro. Davon steuert der IWF 250 Milliarden bei. Die 500 Milliarden seitens der EU teilen sich wie folgt auf: 60 Milliarden Euro stellt die EU dabei mit Hilfe eines Notfallfonds bereit. Für weitere 440 Milliarden Euro geben die Mitgliedstaaten Garantien an eine noch zu gründende Zweckgesellschaft. Deutschlands Anteil an den Kreditbürgschaften soll mehr als 147 Milliarden Euro betragen.

Zur nationalen Umsetzung hat der Deutsche Bundestag am 21. Mai das „Gesetz zur Übernahme von Gewährleistungen im Rahmen eines europäischen Stabilisierungsmechanismus“ verabschiedet. Mit ihrer diesbezüglichen Regierungserklärung am 19. Mai hat die Bundeskanzlerin abermals gezeigt, dass die Regierung weder Linie noch Richtung hat und vor allem keinen Mut. Wenn von einem Kurs die Rede sein kann, dann ist es ein Schlingerkurs, der sich unter anderem in der Haltung der Kanzlerin zur Finanztransaktionssteuer zeigt. Nachdem der Druck von allen Seiten deutlich stärker geworden ist, konnte sich die Kanzlerin von einer, noch am Sonntag auf dem DGB-Kongress verkündeten, Skepsis gegenüber der Finanztransaktionssteuer zu einer Zustimmung ohne Wenn und Aber durch-

ringen. Sie werde sich jetzt international dafür einsetzen, im Notfall müsse man eben „Rabatz machen“. Vom Ergebnis her natürlich begrüßenswert, nur: warum erst jetzt?

Wäre sie früher bereit gewesen zu handeln, hätten wir Milliarden sparen können. Sie aber hat lieber abgewartet, wie sich die Lage entwickelt. So kann man kein Land in einer Krise führen. Deutschland müsste in Europa eine Führungsrolle übernehmen. Stattdessen hat Frau Merkel unser Land isoliert. Das ist mehr als schmerzhaft mit anzusehen. Noch nie seit dem Bestehen der europäischen Einigung vor 60 Jahren war der Ruf der Bundesrepublik in Europa so ruiniert wie heute.

Die Regierung hat bisher alle Entscheidungen verschleppt und einzig durch ihr ständiges Zaudern Beständigkeit gezeigt. Jetzt wirkt Merkel nur noch wie eine Getriebene auf allen Ebenen: auf der internationalen, der europäischen, von FDP, der eigenen Partei, der Opposition und von den Erwartungen der Finanzlobby.

Absichtserklärungen reichen nicht aus

Nachdem die Kanzlerin so viel Vertrauen verspielt und sich als handlungsschwach erwiesen hat, hat die SPD-Bundestagsfraktion ihre Entscheidung zur Abstimmung davon abhängig gemacht, ob den Worten auch Taten folgen. Reine Absichtserklärungen reichen nicht aus. Die SPD-Bundestagsfraktion hat eine bindende Aussage schwarz auf weiß gefordert, dass die Bundesregierung sich auf

europäischer und auf internationaler Ebene aktiv für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer einsetzt sowie für schärfere Finanzmarktregeln. Diese haben wir nicht erhalten. Auch unserem Entschließungsantrag (Drs. 17/1809), der Forderungen enthält, die von Merkel und Schäuble selbst mündlich aufgestellt wurden, konnten die Regierungsfractionen nicht zustimmen.

In einem zweiten Entschließungsantrag (Drs. 17/1810) hat die SPD-Bundestagsfraktion auch bei diesem parlamentarischen Verfahren deutliche Kritik an der Handlungsweise der Bundesregierung geübt und eine unverzügliche Änderung der Informationspolitik und des Krisenmanagements gefordert.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat sich bei der Abstimmung über den Gesetzentwurf enthalten, weil sie zwar grundsätzlich dem Rettungsschirm zustimmt und ihn für notwendig erachtet, ihn aber nicht ausreichend flankiert sieht durch weitergehende Maßnahmen. Wie auch bei der Griechenland-Hilfe sieht die SPD-Bundestagsfraktion in einer reinen Kreditermächtigung keine Lösung für diese so grundlegende Krise. Es sind zusätzliche Maßnahmen gegen Spekulationen sowie eine Beteiligung der Banken an den Kosten erforderlich. Es können nicht die Steuerzahler ein zweites Mal für das unverantwortliche Verhalten von Finanzmarktakteuren in Anspruch genommen werden.

Die SPD-Bundestagsfraktion bekennt sich ausdrücklich zu einem starken, sozialen und demokratischen Europa, das seinen Namen auch verdient. Das ist allerdings ein anderes Europa als es Frau Merkel und ihre Regierungskoalition wollen. Obwohl mit ihrer neoliberalen Politik offensichtlich gescheitert, wollen sie im Grunde so weitermachen. Und sie werden die Krise nutzen, um den Sozialstaat weiter abzubauen. Das kann die SPD nicht mittragen, da für sie Europa mehr ist, als ein Markt. Die SPD möchte Europa den Bürgerinnen und Bürgern zurückgeben und nicht gewissenlosen Spekulanten vor die Füße werfen. Die Chance, nachhaltige Verbesserungen für die Stabilität der gemeinsamen Währung, aber auch einen politischen Neuanfang für den Zusammenhalt der Europäischen Union zu erreichen, ist jetzt da. Deutschland muss diese Chance entschlossen nutzen. Die Regierung ist dazu offensichtlich nicht in der Lage: Mitten in der größten Krise ist sie aufgrund ihrer inneren Widersprüche schlicht handlungsunfähig.

Entschlossenes politisches Handeln gefordert

Wir erleben derzeit die dritte Welle der Krise, die 2008 auf den Finanzmärkten begonnen hat. Zuerst drohte der Zusammenbruch des Finanzsektors. Dann folgte der schärfste Einbruch des Wachstums in der Nachkriegszeit. Jetzt geht es um die Handlungsfähigkeit der Staaten und um den Zusammenhalt Europas -- letztlich um die Selbstbehauptung der Demokratie. Binnen weniger Monate hat sich die Finanzkrise Griechenlands ausgeweitet

zu einer schweren Belastungsprobe für die Eurozone und zum drohenden Vertrauensverlust in die europäische Einigung.

Das Rettungspaket verändert mit einem Schlag und grundlegend die Architektur der Europäischen Währungsunion (EWU) und wird damit weitreichende Konsequenzen auch für den weiteren Kurs der europäischen Einigung haben. Der Kern der bisherigen Maastricht-EWU, die no-bail-out-Klausel, wird unmittelbar nach der noch ganz als Einzelfall behandelten Griechenland-Hilfe nun faktisch außer Kraft gesetzt. An ihre Stelle tritt zumindest für die kommenden Jahre ein System gegenseitiger finanzieller Verantwortung für die von den Einzelstaaten eingegangenen finanziellen Verpflichtungen.

Die Haushalts- und Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten der EU wird wegen des neu geschaffenen Haftungsverbundes künftig in sehr viel größerem Maßstab Gegenstand einer gemeinsamen europäischen Verantwortung sein. Sie muss sich in rechtlichen und institutionellen Veränderungen der EU abbilden. Dies gilt insbesondere auch angesichts der Tatsache, dass erstmals auch die EU selbst Stützungskredite an einzelne Eurostaaten vergeben können soll.

Die von der SPD-Bundestagsfraktion in der Griechenland-Entscheidung (Drs. 17/1639) enthaltenen weitergehenden Forderungen treten daher noch stärker in den Fokus der Aufmerksamkeit:

- Eine bessere Koordinierung der Finanz- und Wirtschaftspolitik in der Europäischen Union durchzusetzen und diese um einen Frühwarnmechanismus für Krisen mit möglicherweise systemischen Auswirkungen zu ergänzen. Zudem ist die Europäische Union in die Lage zu versetzen, künftige Krisen rasch und selbständig zu lösen. Dazu ist ein Nothilfeplan zu entwickeln, der insbesondere wirksame Instrumente enthalten muss, um überschuldete Staaten einem geordneten und raschen Restrukturierungsverfahren zuzuführen.
- Den Stabilitäts- und Wachstumspakt zu bekräftigen und in seiner Funktion zu stärken, insbesondere die zuständigen europäischen Institutionen in die Lage zu versetzen, wirksame Maßnahmen ergreifen zu können, die für eine effektivere Überwachung der Haushalts- und Finanzpolitik der Euro-Staaten notwendig sind. Hierzu sind in einem ersten Schritt das europäische Statistikamt EUROSTAT mit mehr Durchgriffs- und Weisungsrechten gegenüber den nationalen Statistikämtern auszustatten und der Europäische Rechnungshof zu stärken.

Klare Forderungen der SPD-Bundestagsfraktion

Die Sozialdemokraten haben bereits seit Beginn der Wirtschafts- und Finanzkrise – zuletzt im Entschließungsantrag zur Griechenland-Rettung – konkrete Maßnahmen zur strikteren Finanzmarktregulierung und zur Bekämpfung der Spekulation

gefordert. Die SPD-Bundestagsfraktion fordert unter anderem:

- Die Einführung einer Finanztransaktionssteuer, die auch nach Ansicht des IWF zur Dämpfung der Spekulation beiträgt, indem sie jede Transaktion verteuert und damit die Hürden erhöht, oberhalb derer sich Finanzwetten und Spekulationsgeschäfte erst lohnen.
- Die Regulierung von Rating-Agenturen weiter zu verbessern und die Gründung einer Europäischen Rating-Agentur entweder in öffentlich-rechtlicher Organisationsform oder – analog der deutschen Börsen – mit teilweise öffentlich-rechtlicher Aufgabenwahrnehmung zu befördern. Um Interessenkonflikte auszuschließen, sind künftig zwischen Rating-Agenturen und Finanzmarktakteuren, deren Produkte sie bewerten, alle sonstigen geschäftlichen Verbindungen zu unterbinden.
- Spekulative Geschäfte mit Kreditausfallversicherungen (Credit Default Swaps) unverzüglich, möglichst bis zum 1. Juli 2010, zu verbieten. Rechtlich durchsetzbare Kreditausfallversicherungen soll künftig nur noch abschließen und besitzen dürfen, wer tatsächlich Eigentümer der jeweiligen Kreditforderung ist.
- Leerverkäufe in Deutschland unverzüglich bis zum 1. Juni 2010 zu verbieten und sich für ein europaweites Verbot einzusetzen. Finanzmarktakteure können und müssen künftig andere, deutlich weniger spekulative Instrumente mit gleicher ökonomischer Zielsetzung in Anspruch nehmen.
- Den so genannten „grauen Kapitalmarkt“ zu regulieren und zu beaufsichtigen. Der Markt

für Derivate muss über europäische Clearingstellen und Handelsplattformen erfolgen, die wirksam reguliert werden. Künftig dürfen kein Finanzmarkt, kein Finanzmarktakteur und kein Finanzmarktprodukt ohne Regulierung, Aufsicht und Haftung bleiben.

- Den Anleger- und Verbraucherschutz in Europa weiter zu verbessern (z. B. durch die Einführung eines „Finanz-TÜV“).

Aktuelle Entwicklungen

Einiges hat sich jetzt auf nationaler und europäischer Ebene getan. So hat die BaFin am 19. Mai bestimmte ungedeckte Leerverkäufe und einige hochspekulative Kreditausfallversicherungen bis März 2011 verboten. Die EU-Kommission hat konkrete Vorschläge zu einer europäischen Regelung für diese beiden Instrumente für den Herbst angekündigt.

Die EU-Finanzminister haben sich darauf geeinigt, Manager hoch spekulativer Hedgefonds stärker zu kontrollieren. Die Richtlinie sieht eine Meldepflicht für in Europa tätige Fondsmanager vor. Dazu soll der Einblick in die Anlagestrategien ebenso wie eine Bezahlung rein nach Leistung gehören. Weiterhin haben sich die EU-Finanzminister geeinigt, sich auf internationaler Ebene für eine Finanztransaktionssteuer einzusetzen. Denkbar sei auch, die Steuer auf europäischer Ebene einzuführen.

Die Sozialdemokraten Deutschlands und Österreichs planen ein europäisches Volksbegehren zur Regulierung und Besteuerung des Finanzmarkts – für den Fall, dass die konservativ-liberalen Regierungen der EU die Finanztransaktionssteuer nicht umsetzen.

→ Weitere Informationen unter www.spdfraktion.de

Fragen und Antworten zu Eurokrise und EU-Rettungsschirm

1. Wie hat sich die Krise entwickelt?

Die aktuelle Eurokrise steht in einem unmittelbaren Zusammenhang mit der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise. Sie ist nach der weltweiten Bankenkrise 2007/2008 und dem ebenfalls globalen Wachstums-einbruch 2008/2009 die dritte Welle der Krise. Was auf den Finanzmärkten begann, hat zuerst die Realwirtschaft mitgerissen und erfasst jetzt als Schulden- und Spekulationskrise die Staaten.

Wegen der hohen Ausgaben zunächst zur Bankenrettung und dann zur Konjunkturstützung sowie durch massive Steuerausfälle haben sich viele Staaten in den letzten Jahren zusätzlich verschulden müssen. Dies traf besonders geschwächte Staaten wie Griechenland, die bereits zuvor einen hohen Schuldenstand, eine wenig wettbewerbsfähige Wirtschaft und eine stark negative Handelsbilanz aufwiesen. Die dritte Welle der Finanz- und Wirtschaftskrise entblößt auf dramatische Weise die Instabilität des europäischen Wirtschaftsraums, die durch die großen wirtschaftlichen Ungleichgewichte innerhalb der

Eurozone entsteht. Am schwächsten Glied riss die Kette: So musste Griechenland bereits unmittelbar nach der Lehman-Pleite im Herbst 2008 eine Herabstufung seiner Kreditwürdigkeit durch die Rating-Agenturen hinnehmen. Eine massive Verschärfung erfuhr das Griechenland-Problem dann im Herbst 2009, nachdem die neugewählte sozialdemokratische Regierung Papandreou öffentlich machte, dass die Vorgängerregierungen die tatsächlichen Defizite des Landes durch Scheingeschäfte und Datenfälschungen auch gegenüber der EU in großem Umfang verschleiert hatten. Die massive Korrektur der griechischen Finanzdaten setzte eine sich immer schneller drehende Spirale aus Rating-Abwertungen, Zinssteigerungen auf griechische Anleihen und spekulativen Geschäften auf den Kreditausfall in Gang, die im März dieses Jahres die drohende Zahlungsunfähigkeit des Landes zur Folge hatte.

In dieser Situation fasste der EU-Gipfel am 25. März den Beschluss, Griechenland gegebenenfalls zu helfen, spezifizierte aber weder konkrete Maßnahmen

noch Zeitpunkt und Umfang der möglichen Hilfe. Insbesondere die Bundesregierung verwies monatelang darauf, dass Griechenland keine Hilfe beantragt habe, dass kein Entscheidungsbedarf bestehe und konkretere Festlegungen sogar schädlich seien. Auf europäischer Ebene aber hatte Merkel einer entsprechenden Entscheidung schon längst zugestimmt.

Diese unklare Lage fachte die Unruhe auf den Märkten weiter an. Neben Griechenland gerieten nun weitere Eurostaaten mit hohem Verschuldungszuwachs wie Portugal, Spanien oder Irland in den Strudel steigender Zinsen auf Anleihen und litten unter steigenden Refinanzierungskosten an den Märkten. Die weiter steil ansteigenden Refinanzierungskosten für Griechenland machten schnell klar, dass das Land im April keine Anleihen mehr zu vertretbaren Zinsen würde platzieren können – Griechenland forderte am 23. April Beistand von EU und IWF. Ein 110-Milliarden-Euro-Rettungspaket wurde geschnürt, an dem sich Deutschland mit Kreditbürgschaften von 22,4 Milliarden Euro über drei Jahre beteiligt.

Die zögerliche und langwierige Entscheidungsfindung führte zu einer Verstärkung des Misstrauens gegenüber der Fähigkeit der EU, mit dem Verschuldungsproblem der Mitgliedstaaten angemessen umzugehen. Es begann eine Spekulation gegen den Euro, die am Nachmittag des 7. Mai und am 8. Mai zu einem Absturz des Eurokurses gegenüber dem US-Dollar führte.

In dieser Situation beschloss der Deutsche Bundestag am 7. Mai die Griechenland-Hilfe. Wenige Stunden nachdem führende Politiker der schwarz-gelben Koalition auf kritische Fragen der SPD beteuerten, es sei nun „kein Cent mehr“ erforderlich, musste die Regierung Merkel schon einem vielfach größeren Rettungspaket zustimmen. Die Details dieses großen Euro-Rettungspaketes wurden von Samstag, dem 8. Mai, bis in den frühen Montagmorgen hinein von den EU-Finanzministern ausgehandelt.

Der Bundestag wurde über die Ergebnisse dieser Verhandlungen am Montag, dem 10. Mai, erstmals offiziell informiert. Die von den Finanzministern vereinbarte Schaffung eines europäischen Finanzstabilisierungsmechanismus wurde schon am 11. Mai formell beschlossen, noch bevor der Bundestag den Verordnungsvorschlag zugesandt bekommen hatte. Damit wurde das Recht des Bundestages zur Stellungnahme gemäß Art. 23 Abs. 3 GG verwehrt. Eine Mitwirkung des Europäischen Parlaments wurde durch die Wahl der Rechtsgrundlage (Artikel 122 Abs. 2 AEUV, siehe unten) ebenfalls ausgeschlossen.

1. Welche Rolle spielte die Bundesregierung bei der Entwicklung der Krise?

Die Bundesregierung hat wegen interner Differenzen zwischen Kanzlerin Merkel und Finanzminister Schäuble sowie aufgrund parteipolitischer Rücksichtnahme auf die Landtagswahl in NRW den europäischen Entscheidungsprozess seit Beginn dieses Jahres behindert und verzögert.

Schäuble hatte die umfassendere Dimension des Problems erkannt und mit seinem Plädoyer für einen

Europäischen Währungsfonds schon vor dem EU-Gipfel im März ein Gesamtkonzept zum Umgang mit dem europäischen Verschuldungsproblem in Aussicht gestellt. Es ließ allerdings die Dringlichkeit der Lage völlig außer Acht. Denn ein solcher Fonds konnte für den Fall Griechenland keine Lösung bieten. Die Kanzlerin bremste die Überlegungen ihres Finanzministers ebenso aus wie sie die Notwendigkeit kurzfristiger Maßnahmen leugnete. Allen Entwicklungen an den Finanzmärkten zum Trotz hoffte Merkel, eine Diskussion über einen deutschen Hilfsbeitrag über den Zeitpunkt der NRW-Wahl hinausschieben zu können.

Die internationalen Beobachter sind sich einig: Kanzlerin Angela Merkel hat mit ihrem wochenlangen Taktieren in der Griechenlandfrage die Gefährdung der gesamten Eurozone mit herauf beschworen und die Rettung der gemeinsamen Währung viel teurer gemacht als nötig. Zudem hat sie Deutschlands Position in Europa geschadet. Sie hat den Eindruck erweckt, die Rettung des Euro – und damit letztlich auch der europäischen Einigung insgesamt – habe mühsam gegen den Widerstand Deutschlands durchgesetzt werden müssen. So hat sie Deutschland in die Isolation geführt und wurde dann von den Ereignissen und den Entscheidungen anderer Regierungen überrollt.

2. Woraus besteht das Euro-Rettungspaket, das am 9./10. Mai beschlossen wurde? Welchen Anteil muss Deutschland tragen?

Das Euro-Rettungspaket stützt sich auf die Ausnahmenvorschrift in Art. 122 (2) des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV, „Lissabon-Vertrag“): Voraussetzung der Maßnahmen sind demnach außergewöhnliche Ereignisse, die sich der Kontrolle der EU-Mitgliedsstaaten entziehen. Der Rettungsschirm für den Euro umfasst 750 Milliarden Euro und besteht im Kern aus drei Instrumenten, mit denen Staaten des Euroraums geholfen werden kann, um eine drohende Zahlungsunfähigkeit abzuwenden:

- I. Bis zu 60 Milliarden Euro direkter Kredithilfen durch den EU-Haushalt als Gemeinschaftsinstrument, das die EU-Kommission verwaltet. Dazu hat der Rat der Finanz- und Wirtschaftsminister (ECOFIN) am 11. Mai eine Verordnung beschlossen, die schon in Kraft ist.
- II. Bis zu 440 Milliarden Euro Kredithilfen durch eine Finanzierungsgesellschaft (SPV = „special purpose vehicle“, dt. „Zweckgesellschaft“), die von den Eurostaaten (nicht von der EU selbst) neu zu gründen ist, Geld aufnehmen und an hilfsbedürftige Eurostaaten weiter reichen kann. Dabei wird die Geldaufnahme des SPV anteilig von den Euro-Mitgliedstaaten garantiert. Zum deutschen Anteil daran heißt es in der Kabinettsvorlage des BMF vom 10. Mai: „Für die Bundesrepublik Deutschland errechnet sich aus der oben genannten intergouvernementalen Vereinbarung ein maximales Garantievolumen von 123 Milliarden Euro. Bei unvorhergesehenem und unabweisbarem Bedarf kann die Garantiermächtigung mit Einwilligung des Haushaltsaus-

schusses um 20 Prozent überschritten werden.“ Also ergibt sich ein Bürgschaftsvolumen für Deutschland von bis zu 147,6 Milliarden Euro.

III. **Bis zu 250 Milliarden Euro** zusätzlicher Beistandskredite des IWF.

Viele Fragen zur Gründung, Steuerung und Arbeitsweise der speziellen Finanzierungsgesellschaft sind offen. Das Kabinett hat zwar am 11. Mai den Gesetzentwurf für eine Gewährleistungsermächtigung beschlossen und will ihn am 19. Mai in erster Lesung in den Bundestag einbringen. Ein Vertragsentwurf für die Zweckgesellschaft, der – so Staatssekretär Jörg Asmussen (BMF) vor dem Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages am 12. Mai – nicht durch die Europäische Kommission, sondern von den Mitgliedsstaaten selbst verhandelt werden muss, liegt jedoch nicht vor und wurde vom Kabinett nicht behandelt. Dennoch soll das Parlament nach dem Willen der Bundesregierung schon am 21. Mai abschließend über die Kreditermächtigung entscheiden.

Aus der Unterrichtung des Haushaltsausschusses wurde deutlich, dass die Bundesregierung auf dem Europäischen Rat am 7. Mai von der Entwicklung überrascht wurde und nicht vorbereitet war. Die Vermutung liegt nahe, dass Grundlage der Entscheidung Blaupausen zur Eurokrise waren, die seit Februar und März existierten, damals von der Bundesregierung blockiert und vor der deutschen Öffentlichkeit verborgen wurden. Denn in zwei Tagen wären Kommission und Rat wohl kaum in der Lage gewesen, so weitreichende Beschlüsse auszuarbeiten und vorzulegen, einschließlich einer präzise ausformulierten Verordnung für den ersten Teil des Pakets.

Auch dies spricht für die Isolation der Bundesregierung und die daraus folgende Schwäche Deutschlands in Europa. Laut Auskunft des BMF, hätten lediglich die Niederlande und Malta allenfalls in Ansätzen die deutsche Position unterstützt. Alle anderen Mitgliedsstaaten seien für den Europäischen Stabilitäts-Mechanismus gewesen, wohl aber in Form von Euro-Bonds, die direkt durch die EU-Kommission emittiert würden. Die Zweckgesellschaft scheint also der einzige deutsche Beitrag gewesen zu sein. Und gerade sie ist vollkommen ungeklärt.

Fazit: Die Bundesregierung hat in der Eurokrise mehrfach ihre Informationspflicht gegenüber dem Deutschen Bundestag verletzt. Die Regierung Merkel hat das Parlament hingehalten und getäuscht. Sie hat das Recht des Bundestages verletzt, vor europäischen Rechtssetzungsakten Stellung zu nehmen. Schon im Falle des Griechenland-Rettungspaketes folgte auf die Verschleppung eine überhastete Beschlussfassung des Parlaments. Auch jetzt soll der Bundestag wieder genötigt werden, auf unzureichender Informationsgrundlage eine Entscheidung von immenser Tragweite zu treffen.

3. **Worin besteht die Rolle der EZB im Rahmen des Rettungspaketes?**

Unmittelbar hat die Europäische Zentralbank (EZB) als unabhängige Institution keine Rolle im Rettungspaket für den Euro. Sie hat sich allerdings bereit er-

klärt, die Rettungsbemühungen der EU und der Mitgliedsstaaten dadurch zu unterstützen, dass sie abweichend von ihrer bisherigen Politik Staatsanleihen betroffener EU-Staaten aufkauft, so deren Kurse stützt und damit die Zinsen niedrig hält. Die EZB hat bereits unmittelbar nach der Entscheidung der EU-Finanzminister am 10. Mai mit solchen Ankäufen begonnen.

4. **Wie real ist die Gefährdung des Euro?**

In der Eurozone lag die durchschnittliche öffentliche Neuverschuldung im Jahr 2009 – gemessen am BIP – bei 6,3 Prozent. Das entsprach dem Zehnfachen des Defizits im letzten Vorkrisenjahr 2007 und dem Doppelten der Obergrenze des Maastrichtvertrages. Der Schuldenstand in der Eurozone – wiederum gemessen am BIP – stieg allein zwischen 2007 und 2009 von 66 auf 79 Prozent, in der Tendenz weiter stark ansteigend. Insofern hat die Besorgnis über die öffentlichen Haushalte in Europa einen realen Hintergrund.

Andererseits kann mit dieser Situation nicht der galoppierende Vertrauensverlust der letzten Wochen erklärt werden, denn die Defizitzahlen und ihre Entwicklung sind allen Marktteilnehmern seit längerem bekannt. Verändert hat sich angesichts der Zähigkeit im Entscheidungsprozess der EU und der internen Zerstrittenheit über die Griechenlandhilfe offenbar die Einschätzung der Märkte, inwieweit ein dauerhaft tragfähiger Umgang mit diesen Defiziten gestaltet werden kann. Ein Grund für diese veränderte Einschätzung ist mit Sicherheit die Schwierigkeit der Eurozone, sich auf gemeinsame Strategien zu einigen. Auch die Bilder von Streiks und Gewalt in Griechenland mögen zur Skepsis beigetragen haben.

Diese veränderte Beurteilung der Lage, nicht die Lage selbst, führte nun offenbar zur massiven Spekulation gegen den Euro, die dann zum Kurssturz am 7./8. Mai geführt hat.

Das beispiellose Rettungspaket für den Euro hat nach der Beschlussfassung offenbar zunächst die sich selbst verstärkende Spekulation gestoppt. Um den Euro wieder in ein wirklich sicheres Fahrwasser zu bringen, wird es aber darauf ankommen, neben den Kreditgarantien des Rettungspaketes wirksame Maßnahmen sowohl zur Bekämpfung der Spekulation wie auch zur Verbesserungen der Haushaltssituation in allen Mitgliedstaaten umzusetzen. Die notwendige Haushaltskonsolidierung umfasst dabei nicht nur Einsparungen, sondern auch Einnahmeverbesserungen, wie dies sowohl die griechische als auch jetzt die portugiesische Regierung beschlossen hat.

Die Entwicklungen der letzten 10 Tage bestätigen mit aller notwendigen Klarheit die Position der SPD-Bundestagsfraktion: Eine reine Kreditermächtigung reicht nicht aus, um die Eurokrise nachhaltig zu bekämpfen. Wir müssen an die Wurzel der Krise gehen, schädliche Finanzmarktprodukte verbieten, Spekulationen wirksam eindämmen und die Finanzmarktakteure substantiell und dauerhaft an den Kosten der Krise beteiligen, so dass auch die Konsolidierung der staatlichen Haushalte gelingen kann. Wir fordern daher die Einführung einer Finanztransaktionssteuer, die sowohl

kurzfristige Finanzgeschäfte eindämmen als auch Einnahmen für öffentliche Aufgaben sichern kann.

5. Wie funktioniert die Spekulation gegen den Euro?

Es gibt verschiedene Möglichkeiten, auf fallende Kurse von Wertpapieren oder von Währungen wie dem Euro zu spekulieren.

Eine Möglichkeit sind so genannte „Leerverkäufe“. Spekulanten machen ein Termingeschäft: Sie verkaufen eine bestimmte Menge an Euro, die sie noch gar nicht besitzen, zu einem bestimmten Zeitpunkt in der Zukunft und erwartungsgemäß zu einem geringeren als dem aktuellen Kurs. Das Signal an die Märkte: Wir rechnen damit, dass der Kurs bis zum Fälligkeitszeitpunkt noch niedriger sein wird, als der von der Option garantierte Kurs. Die Spekulanten könnten sich dann am Markt billig Euros verschaffen und zum zuvor festgelegten Kurs sofort weiterverkaufen. Die Differenz wäre ihr Gewinn. Wenn nun im großen Stil solche Wetten auf fallende Kurse abgeschlossen werden, entsteht für bisherige Euro-Anleger ein Verkaufsdruck, um dem offenbar breit erwarteten Kursverfall zuvor zu kommen. Das Angebot an Euros steigt bei tendenziell konstanter oder sogar sinkender Nachfrage. Folge: Der Kurs sinkt tatsächlich, die Spekulation hat sich selbst erfüllt.

Eine andere Möglichkeit ist der Kauf sogenannter „credit default swaps“ (CDS), eigentlich Zahlungsausfallversicherungen auf in Euro emittierte Staatsanleihen. Werden solche Papiere in spekulativer Absicht von Käufern nachgefragt, die damit gar kein Zahlungsausfallrisiko abzusichern haben, weil sie keine Anleihen halten, steigt insbesondere für schwächere Eurostaaten der Preis für ihre Schuldenfinanzierung am Markt. Die Anleger, die sich mit CDS gegen den Kreditausfall absichern wollen, verlangen einen höheren Zins, um die gestiegenen Versicherungskosten bzw. das durch sie zum Ausdruck kommende höhere Risiko abzudecken. Folge: Je höher der Preis der CDS umso höher die Zinskosten der Emittenten und umso so höher die Wahrscheinlichkeit, die vorhandene Schuldenlast tatsächlich nicht mehr schultern zu können. Auch hier der gleiche Effekt einer sich selbst erfüllenden Wette.

Um die Märkte auf die beschriebene oder vergleichbare Weise bewegen zu können, müssen die Spekulanten riesige Summen für ihre Ausgangswetten einsetzen. Nur so entsteht eine glaubwürdige Markterwartung. Der größte Teil dieser Summen muss von den Spekulanten selbst geliehen werden, deshalb ist ein allgemein niedriges Zinsniveau eine wichtige Nebenbedingung der Spekulation. Billiges Geld befeuert spekulative Geschäfte. Genau das ist wegen der Folgen der noch nicht endgültig überwundenen Finanz- und Wirtschaftskrise aber gegeben: Weltweit bieten Notenbanken Niedrigzinsen, um Banken und Konjunktur zu stützen – das ist neben der Verschuldung der Staaten durch die Rettungskosten der zweite direkte Zusammenhang mit den vorausgegangenen Wellen der Krise.

6. Was können wir gegen die Spekulation tun?

Unsere Enthaltung bei der Abstimmung zur Griechenland-Rettung haben wir mit konkreten Forderungen zur strikteren Finanzmarktregulierung und zur Bekämpfung der Spekulation begründet. In dem von uns zur Abstimmung gestellten Entschließungsantrag fordern wir unter anderem:

- Die Einführung einer Finanztransaktionssteuer, die auch nach Ansicht des IWF zur Dämpfung der Spekulation beiträgt, indem sie jede Transaktion verteuert und damit die Hürden erhöht, oberhalb derer sich Finanzwetten und Spekulationsgeschäfte erst lohnen.
- Die Regulierung von Rating-Agenturen weiter zu verbessern und die Gründung einer Europäischen Rating-Agentur entweder in öffentlich-rechtlicher Organisationsform oder – analog der deutschen Börsen – mit teilweise öffentlich-rechtlicher Aufgabenwahrnehmung zu befördern. Um Interessenkonflikte auszuschließen, sind künftig zwischen Rating-Agenturen und Finanzmarktakteuren, deren Produkte sie bewerten, alle sonstigen geschäftlichen Verbindungen zu unterbinden.
- Spekulative Geschäfte mit Kreditausfallversicherungen (Credit Default Swaps) unverzüglich, möglichst bis zum 1. Juli 2010, zu verbieten. Rechtlich durchsetzbare Kreditausfallversicherungen soll künftig nur noch abschließen und besitzen dürfen, wer tatsächlich Eigentümer der jeweiligen Kreditforderung ist.
- Leerverkäufe in Deutschland unverzüglich bis zum 1. Juni 2010 zu verbieten und sich für ein europaweites Verbot einzusetzen. Finanzmarktakteure können und müssen künftig andere, deutlich weniger spekulative Instrumente mit gleicher ökonomischer Zielsetzung in Anspruch nehmen.
- Den so genannten „grauen Kapitalmarkt“ zu regulieren und zu beaufsichtigen. Der Markt für Derivate muss über europäische Clearingstellen und Handelsplattformen erfolgen, die wirksam reguliert werden. Künftig darf kein Finanzmarkt, kein Finanzmarktakteur und kein Finanzmarktprodukt ohne Regulierung, Aufsicht und Haftung bleiben.
- Sich im Europäischen Rat dafür einzusetzen, dass für Verbriefungen ein signifikanter Selbstbehalt eingeführt wird, höher als die 5 Prozent, die im Entwurf der Richtlinie der Europäischen Kommission vorgeschlagen werden.
- Den Anleger- und Verbraucherschutz in Europa weiter zu verbessern (z. B. durch die Einführung eines „Finanz-TÜV“).

7. Was muss sonst noch zur Flankierung des Rettungspakets passieren?

Das Rettungspaket verändert mit einem Schlag und grundlegend die Architektur der Europäischen Währungsunion (EWU) und wird damit weitreichende Konsequenzen auch für den weiteren Kurs der europäischen Einigung haben.

Der Kern der bisherigen Maastricht-EWU, die no-bail-out-Klausel, wird unmittelbar nach der noch ganz als Einzelfall behandelten Griechenland-Hilfe nun faktisch außer Kraft gesetzt. An ihre Stelle tritt zumindest für die kommenden Jahre ein System gegenseitiger finanzieller Verantwortung für die von den Einzelstaaten eingegangenen finanziellen Verpflichtungen.

Die Haushalts- und Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten der EU wird wegen des neu geschaffenen Haftungsverbundes künftig in sehr viel größerem Maßstab Gegenstand einer gemeinsamen europäischen Verantwortung sein. Sie muss sich in rechtlichen und institutionellen Veränderungen der EU abbilden. Dies gilt insbesondere auch angesichts der Tatsache, dass erstmals auch die EU selbst Stützungskredite an einzelne Eurostaaten vergeben können soll.

Unsere ebenfalls bereits in der Griechenland-Entscheidung enthaltenen weitergehenden Forderungen treten daher noch stärker in den Fokus der Aufmerksamkeit:

- Eine bessere Koordinierung der Finanz- und Wirtschaftspolitik in der Europäischen Union durchzusetzen und diese um einen Frühwarnmechanismus für Krisen mit möglicherweise systemischen Auswirkungen zu ergänzen. Zudem ist die Europäische Union in die Lage zu versetzen, künftige Krisen rasch und selbständig zu lösen. Dazu ist ein Nothilfeplan zu entwickeln, der insbesondere wirksame Instrumente enthalten muss, um überschuldete Staaten einem geordneten und raschen Restrukturierungsverfahren zuzuführen.
- Den Stabilitäts- und Wachstumspakt zu bekräftigen und in seiner Funktion zu stärken, insbesondere die zuständigen europäischen Institutionen in die Lage zu versetzen, wirksame Maßnahmen ergreifen zu können, die für eine effektivere Überwachung der Haushalts- und Finanzpolitik der Euro-Staaten notwendig sind. Hierzu ist in einem ersten Schritt das europäische Statistikamt EUROSTAT mit mehr Durchgriffs- und Weisungsrechten gegenüber den nationalen Statistikämtern auszustatten und der Europäische Rechnungshof zu stärken.

8. Droht jetzt eine große Inflation?

Keine Frage: Mit den Beschlüssen zum Euro-Rettungspaket wird deutlich, dass die bestehenden Stabilitätsmechanismen der Eurozone nicht ausgereicht haben. Die Staaten haften künftig gegenseitig für ihre Defizite, die EZB finanziert durch den Kauf von Staatsanleihen erstmals die Verschuldung einzelner Staaten. Es besteht die Befürchtung, dass wegen der übermäßigen Defizite und des Ankaufs von Staatsanleihen durch die EZB eine Inflationsgefahr entstehen könnte.

Aber: Eine große Inflation ist nicht zwingend und auf

absehbare Zeit auch sehr unwahrscheinlich. Anders als im Rahmen der vorangegangenen Finanzkrise wird die EZB nach eigener Ankündigung mit dem Ankauf von Staatsanleihen ihre Liquiditätsversorgung des europäischen Bankensystems nicht ausweiten. Offenbar will sie im gleichen Umfang, wie sie jetzt Staatsanleihen am Markt kauft, andere Vermögenswerte aus ihrer Bilanz abgeben, so dass keine zusätzliche inflationäre Liquiditätsschwemme auf den Märkten entsteht.

Aber selbst wenn sich das Kreditangebot durch die Rettungsmaßnahmen ausweiten würde: Momentan sind überall in Europas Industrie noch unausgelastete Kapazitäten, z. B. die Kurzarbeit in Deutschland. Vom zusätzlichen Kreditangebot stimulierte zusätzliche Güternachfrage würde daher nicht schnell zu Preissteigerungen führen, sondern zunächst einmal zur Beseitigung unausgelasteter Kapazitäten.

Ein entsprechender Befund zeigt sich zurzeit in den USA, wo die Zentralbank (FED) im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise massiv ihr Liquiditätsangebot ausgeweitet hat und eine faktische Nullzinspolitik gefahren ist. Wegen der gleichzeitig ansteigenden Arbeitslosigkeit infolge der Wirtschaftskrise und einer entsprechenden Unterauslastung der Kapazitäten ist bislang kein inflationärer Schub in den USA erkennbar.

Nicht wenige Experten sehen gegenwärtig sogar eine Deflation, also das genaue Gegenteil einer Inflation, als das größere Risiko an, insbesondere wenn es durch umfassende schockartige Reduktionen der öffentlichen Ausgaben zu spürbaren Nachfrageausfällen auf den Güter- und Dienstleistungsmärkten käme und so die ohnehin schwache Wirtschaft in vielen Ländern weiter geschwächt wird. Japan befindet sich seit dem Platzen einer Immobilienblase Anfang der 1990er Jahre in einer solch deflationären Lage, die auch die großzügigste Geldpolitik der japanischen Zentralbank nicht in ihr Gegenteil verkehren konnte.

Auf längere Sicht wird es wichtig sein, dass die EZB auch unter den neuen Rahmenbedingungen ihre an der Geldwertstabilität orientierte Politik für den Euro fortsetzt. Die jetzt erforderliche Reform der Haushaltsüberwachungs- und -koordinierungsmechanismen in der EU sind dafür eine unverzichtbare Voraussetzung.

Die Finanzkrise hat die deutschen Sparer verunsichert. Ein großer Teil der Ersparnisse wurde erst einmal auf Girokonten geparkt – nach Berechnungen der Deutschen Bundesbank über 149 Milliarden Euro. 69 Milliarden Euro legten die privaten Sparer bei Versicherungen an (vor allem Lebensversicherungen). In risikolose Spareinlagen flossen weitere 56 Milliarden Euro. Für Termingeld, das ohnehin nur wenig Zinsen brachte, hatten die Anleger dagegen wenig übrig. Diese Anlageform schrumpfte insgesamt um rund 124 Milliarden Euro.

Portraitsammlung über SPD-Persönlichkeiten



Auf der Homepage www.martin-doermann.de sind frühere Portraits in einer Sonderausgabe abrufbar (Startseite).

Vorgestellt: Manuela Schwesig

Stellv. SPD-Vorsitzende, Landesministerin in Mecklenburg-Vorpommern

Biografie

geboren am **23. Mai 1974** in Frankfurt (Oder)

verheiratet, ein Sohn

1992: Abitur am Gymnasium Seelow

1992 - 1995: Studium an der Fachhochschule für Finanzen in Königs Wusterhausen mit dem Abschluss zur Diplom-Finanzwirtin (FH)

1992 - 2000: Finanzamt Frankfurt (Oder)

2000 - 2002: Finanzamt Schwerin

seit Mai 2002: Finanzministerium Mecklenburg-Vorpommern

seit Januar 2003: Mitglied der SPD

seit 2003: Mitglied im SPD-Kreisvorstand Schwerin

von 2004 bis 2008: Mitglied der Stadtvertretung der Landeshauptstadt Schwerin; zunächst stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende und Sprecherin für Kinder-, Familien-, und Frauenpolitik sowie Verwaltungsmodernisierung;

Oktober 2007 - Oktober 2008: Fraktionsvorsitzende

seit 2004: Mitglied der Sozialdemokratischen Gesellschaft für Kommunalpolitik e. V. (SGK)

seit 2004: Sprecherin der Kommunalakademie Kurs Ost 2004 der Bundes SGK

2005 - 2007: Kreisvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen in Schwerin

seit 2005: Mitglied im SPD-Landesvorstand Mecklenburg-Vorpommern

2007 - 2008: Mitglied im geschäftsführenden SPD-Landesvorstand Mecklenburg-Vorpommern

seit dem 6. Oktober 2008: Ministerin für Soziales und Gesundheit des Landes Mecklenburg-Vorpommern



15. November 2009: Wahl zur stellvertretenden Parteivorsitzenden der SPD

10 persönliche Fragen an Manuela Schwesig

1. Welche politischen Vorbilder hast Du?

Regine Hildebrand

2. Wen würdest Du gerne einmal treffen?

Die spanische Verteidigungsministerin Carmen Chacón

3. Deine liebsten Urlaubsziele?

Ostsee und Italien

4. Deine Leidenschaften?

Meine Familie

5. Dein politisches Leitmotiv?

„Der beste Weg die Zukunft vorauszusagen, ist, sie zu gestalten.“ (Willy Brandt)

6. Dein Lieblingsfilm?

Forrest Gump

7. Deine Lieblingsmusik bzw. Lieblingssänger?

Katie Melua

8. Wen oder was nimmst Du mit auf eine einsame Insel?

Meine Familie

9. Deine Lieblingsbücher?

Carlos Ruiz Zafon: „Der Schatten des Windes“ „Die Mäuseschule“ von Albert Sixtus (Kinderbuch)

10. Über wen lachst Du am liebsten?

Über meinen Mann, meinen Sohn und mich – Sonntag morgens bei einer Kissenschlacht im Bett.

INFOS ZU MARTIN DÖRMANN, MdB

Aufgabenschwerpunkte: Wirtschaft und Medien

- Seit 2002 direkt gewählter Bundestagsabgeordneter im Wahlkreis Köln I

Funktionen und Mitgliedschaften im Deutschen Bundestag

- Medienpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion
- Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Technologie
- Stellv. Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie
- Mitglied in der Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“
- Stellv. Vorsitzender der Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“
- Stellv. Mitglied im Ausschuss für Kultur und Medien
- Mitglied im Unterausschuss „Neue Medien“
- Mitglied im Vorstand der SPD-Bundestagsfraktion
- Mitglied im Vorstand der NRW-Landesgruppe der SPD-Bundestagsfraktion
- Berichterstatler der SPD-Fraktion für Telekommunikation und Raumfahrt

Sonstige Funktionen

- Mitglied im Beirat der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen (Regulierungsbehörde)
- Mitglied der Medienkommission beim SPD-Parteivorstand / Koordinator für den Gesprächskreis „Digitale Infrastruktur“

Die Büros in Berlin und Köln

Abgeordnetenbüro Berlin

Martin Dörmann, MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Besucheradresse:

Konrad-Adenauer-Straße 1,
Paul-Löbe-Haus, Raum 7.340
Tel.: 030 / 227 734 18
Fax: 030 / 227 763 48
martin.doermann@bundestag.de

Mitarbeiterteam

Stefan Stader (Büroleiter)
Dr. Marc Drögemöller
Anja Möbus, Jonas Westphal

Öffnungszeiten

Sitzungswochen
Mo.- Fr.: 8:30 bis 19 Uhr
Sitzungsfreie Wochen
Mo.- Do.: 9 bis 18 Uhr
Fr.: 9 bis 17 Uhr

Bürgerbüro Porz (Wahlkreisbüro)

Hauptstraße 327
51143 Köln (Porz)
Tel.: 02203 / 521 44
Fax: 02203 / 510 44
martin.doermann@wk.bundestag.de

Mitarbeiterteam

Tim Cremer, Assen Kochev,
Ralf Steinmeier (Webmaster)

Öffnungszeiten

Mo.-Di.: 13 bis 18 Uhr
Mi.-Do.: 9 bis 18 Uhr, Fr.: 9 bis 17 Uhr

Bürgerbüro Kalk (Gemeinschaftsbüro mit Stephan Gatter, MdL)

Kalker Hauptstraße 212
51103 Köln (Kalk)
Tel.: 0221 / 870 43 02

Mitarbeiter

Marco Pagano

Öffnungszeiten

Mo.-Mi.: 9 bis 12 Uhr
Do.: 14 bis 17 Uhr
Fr.: 12 bis 15 Uhr

Bürgerbüro der Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten

Magnusstraße 18b
50672 Köln (Innenstadt)
Tel.: 0221 / 169 195 77
Fax: 0221 / 169 195 79
koelner-spd-mdb@netcologne.de

Mitarbeiterin

Renate Dinkelbach

Öffnungszeiten

Mo.- Do.: 9 bis 18 Uhr
Fr.: 9 bis 15 Uhr

Sitzungswochen des Deutschen Bundestages 2010

Die 3., 4., 6., 8., 9., 11., 12., 16., 18., 20., 23., 24., 26., 27., 37., 39., 40., 43., 45., 47., 48. und 50. KW sind Sitzungswochen. Eine Übersicht ist abrufbar unter:

www.bundestag.de/parlament/plenargeschehen/sitzungskalender/index.html

IMPRESSUM

BERLIN DEPESCHE

Zeitung für den Bundestagswahlkreis Köln I (Porz, Kalk, nördliche Innenstadt)

HERAUSGEBER

Martin Dörmann, MdB,
Deutscher Bundestag,
Platz der Republik 1,
10111 Berlin

REDAKTION

Martin Dörmann (verantw.),
Anja Möbus

BILDNACHWEIS

Büro Martin Dörmann (S. 4, 5),
Deutscher Bundestag/Anke Jacobs
(6,8), Jury Jania (4,5), SPD-
Parteivorstand (19)

ERSCHEINUNGSWEISE

Die Berlin Depesche erscheint etwa 6 mal im Jahr. Sie wird auf der Homepage eingestellt sowie per eMail an einen besonderen Verteiler versendet.

E-MAIL VERTEILER

Wer in den eMail-Verteiler aufgenommen werden möchte, sendet eine Nachricht an:

martin.doermann@bundestag.de

(Mitglieder bitte mit Angabe des Ortsvereins)

FRÜHERE AUSGABEN

Frühere Ausgaben sowie Themen-Sonderausgaben sind auf der Homepage eingestellt.

HOMEPAGE

www.martin-doermann.de

